

Halleische Zeitung

Subscriptionspreisen für die halbjährliche Zeit oder deren Raum für Halle a. M. ...

vorm. im G. Schwesfke'schen Verlage. (Halleischer Courier.)

Nr. 64.

Verlag der Actien-Gesellschaft Halleische Zeitung.

Halle, Mittwoch, 17. März.

Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerhadt.

1886.

Politischer Tagesbericht.

Deutsches Reich.

Man erzählt sich in Abgeordnetenkreisen, daß der Kaiser auf die Bemerkung des Abg. Windthorst: er und seine Partei würden ausnahmsweise für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen, aber nur in Bezug auf die Person des Kaisers ...

Wie die akademische Lehrfreiheit unter 'deutschfreiwilliger' Parteiführerschaft gemahrt sein würde, davon liefert die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. März wieder einen tüchtigen Beweis. Bekanntlich gehört der Professor der Theologie zu den bestbezahlten Männern für die Herren Eugen Richter und Genossen. Er hat kürzlich als akademischer Lehrer, also im engsten Kreise seiner Zuhörer, eine Keuschung über Zwangsgänge im Volksschullehrerbau gemacht, die das Mißfallen in einzelnen Lehrkräften erregt haben soll. Kein Mensch kennt aber den Wortlaut dieser Keuschung, man ist nur auf Berichte von Hören angewiesen, die wahrheitsliebender Weise tendenziös gefärbt haben, denn es ist nicht anzunehmen, daß Theologie, der zu den besten Freunden der Volksschule gehört, auch nur mit einem Worte eine andere als gerechte Kritik geübt habe. Theologie selbst hat sich gemeinet, zudringlichen und unbedingten Interpellationen gegenüber seine Keuschung festzuhalten, und er hat mit dieser Begrüßung das gethan, was er in Erhaltung der Würde des akademischen Lehrers und der Freiheit des Lehramts allein thun konnte. Die deutschfreiwillige Partei scheint aber in diesem Vorgange einen Anlaß gefunden zu haben, ihrem Haß gegen Herrn von Treitschke Luft zu machen, selbst auf die Gefahr hin, damit gegen alle ihre Principien zu verstoßen. Der Abg. Rindorff war ausserhalb den Angriff zu machen und that das in der ihm auszeichnenden würdigen Weise. Er stellte sogar die Anforderung an den Minister v. Goppert, eine Kritik an dem jenen Heftigen untergebenen Herrn zu üben und nicht, in seinen weiteren Ausführungen, Angriffe gegen die Freiheit der akademischen Lehrtätigkeit, wie sie bisher auch in den schlimmsten Zeiten reactionärer Verfolgungen niemals gemacht worden sind. Von Seiten des Abg. Schiffer von der conservativen Partei und der Abg. Wittkopf und von Oppern von der nationalliberalen Partei wurde Herr Rindorff zwar die richtige Antwort zu Theil, aber es ist doch für das, was die politische Parteiung für erlaubt hält, bezeichnend, daß von den anwesenden Deutschfreiwilligen, worunter die Herrn Hänel und Seelig, keiner Veranlassung nahm, den Fraktionsgenossen zu desavouiren. Soweit wären wir also, daß eine sich freisinnig nennende Partei die Freiheit des Lehrens und des Lernens nur für ihre Wahrung in Anspruch nimmt. Bezeichnend war es auch, daß Herr Rindorff seine Rede unter lauten Beifallrufen des Centrums schloß.

In der heutigen Sitzung der Commission des Reichstags für Beratung des Militärpensionsgesetzes und des Gesetzes über die Communalsteuerung der Militärpersonen wurde beschlossen, zunächst von letzterem Gegenstande die Erörterung zu machen. Der preussische Kriegsminister gab hierüber die Erklärung ab, daß die Veränderungen seien zu der Uebersetzung gelang, daß die Regelung der Angelegenheit im Wege der Reichsgesetzgebung wegen der Beschränktheit der Steuerrechte der Einzelstaaten nicht möglich sei. Die preussische Regierung legt bereit, dem Landtage einen Gesetzesentwurf vorzulegen, welcher die Verhältnisse der verschiedenen Einkommens der Militärpersonen zu den Gemeindesteuern verfolge. Es sei nur die Abicht, das Heerrecht frei zu lassen und den Zuschlag zu den Staatssteuern, der als Gemeindegabe erhoben werden solle, für alle Gemeinden gleichmäßig zu normiren. Auf weitere Anfragen erklärte er, daß dieser Zuschlag in der Höhe von 100 Prozent in Aussicht genommen sei. Das Heerrecht solle dann frei bleiben, wenn der Offizier nur dieses Heerrecht ausübe oder nur einen geringen Betrag übernehme. Dagegen solle er bei größerem Verdien ebenfalls der Besteuerung unterliegen. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Meyer (Zeno) gab der königlich-sächsische Bevollmächtigte Graf Dohndorf und der Vertreter der sächsischen Staaten Sachverhalt der Verhältnisse an, daß ihre Meinungen die Regelung in derselben Weise, wie sie in Preußen erfolgt, in Aussicht genommen hätten. Die Vertreter der verbündeten Regierungen constatirten, daß die Bestimmungen der Conventionen, inwiefern sie sich auf Communalsteuerung betrafen, entgegen dem Inhalt dieses Gesetzes außer Kraft gesetzt werden oder, soweit dies etwa nicht der Fall sein sollte, auf anderem Wege außer Kraft gesetzt werden sollten. In der Diskussion äußerten sich die nationalliberalen Abgeordneten von Zeno und Dr. Meyer (Zeno) sowie der Vertreter des Centrums Freiherr von Huene entgegenkommend, während die freisinnigen Abg. Waibaum, und Dr. Baumhoff, sowie der socialdemokratische Abg. von Vollmar den Gesetzesentwurf bekämpften, entgegen dem Inhalt dieses Gesetzes außer Kraft gesetzt werden oder, soweit dies etwa nicht der Fall sein sollte, auf anderem Wege außer Kraft gesetzt werden sollten. In der Diskussion äußerten sich die nationalliberalen Abgeordneten von Zeno und Dr. Meyer (Zeno) sowie der Vertreter des Centrums Freiherr von Huene entgegenkommend, während die freisinnigen Abg. Waibaum, und Dr. Baumhoff, sowie der socialdemokratische Abg. von Vollmar den Gesetzesentwurf bekämpften.

wurde durch Abstimmung als diejenige aller anwesenden Commissionsmitglieder bis auf einen conservativen Abgeordneten festgestellt. Nach kurzer Beratung über § 1 wurde dieser, darauf § 2 und der ganze Entwurf mit allen gegen eine, national-liberale, Stimme angenommen. Der Abg. Hoffert wurde mit dem mündlichen Berichte beauftragt.

Die Reichstagscommission zur Vorbereitung der Unfallversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter nahm am Montag § 8 nach den Vorschlägen der vereinigten Parteien (Conservativen, Nationalliberalen, Centrum) an. § 9 die Durchführung der Gemeinde zur Leistung des Heilberufes während der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall betreffend wurde in eine neue durch verschiedene Abänderungsvorschläge herbeigeführten Fassung angenommen. § 10 wurde in einer vom Abg. Schmidt vorgeschlagenen Fassung angenommen. § 10-30 wurden im wesentlichen nach den Abänderungsvorschlägen der vereinigten Parteien angenommen.

Das königliche Staatsministerium hielt am Sonntag Nachmittag von 2 bis nach 4 Uhr eine Sitzung unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck.

Dem Vernehmen nach werden demächst durch einen Nachtragsetat weitere Mittel für die Volksschule in den sprachlich gemischten Distrikten gefordert werden. Voraussichtlich wird aus diesem Grunde die betr. Commission des Abgeordnetenhauses die Beratung der Vorlage wegen Ernenennung v. der Lehrer in diesen Distrikten zunächst noch aufsetzen.

Die Stellung des italienischen Botschafters in Berlin, Grafen de Lamarmora, gilt seit geraumer Zeit als erschüttert. Hinslang haben sich die Richtergerichte bezüglich dieses Diplomaten niemals bewähret; wenn sie sich in diesen Tagen, und zwar mit besonderer Betonung, erneut haben, so ist, wie ein Correspondent der 'Str. P.' meldet, Grund vorhanden, ihnen jetzt mehr Bedeutung beizulegen. Die scharfe Kritik, die der Minister des Auswärtigen über den Botschafter wegen seiner Haltung auf dem Berliner Congreß geübt hat, legt es demselben sehr nahe, von seinem Posten zurückzutreten. In Berlin würde der Fortgang des Grafen, bei längerer Zeit Dogen des diplomatischen Corps, ist und sich bei Hofe wie allen seinen Kollegen einer überaus großen Beliebtheit erfreut, ungemein beunruhigen werden. Der erwähnte Correspondent fügt noch hinzu, daß der Botschafter den Staatsdienst fortüberhaupt verlassen würde, wie das übrigens schon seit längerer Zeit in seinem Plane gelegen habe.

Vor einigen Wochen ging die Nachricht durch die Presse, daß die Polen in Galizien Herrn Windthorst eine Adresse zu überreichen beabsichtigten und daß zu diesem Zweck die Sammlung von Unterschriften mit großem Eifer betrieben würde. Neuen Mittheilungen aus Wien zufolge ist durch Intervention der österreichischen Behörden das Unternehmen inhibirt worden. Wir bedauern das. Der Eifer, mit dem der Centrumsführer sich für die Polen in den Kampf gestürzt hat, verdient eine Belohnung. Außerdem, wenn ihm aus Polenländern der Vorbehalt überreicht worden wäre, würden die Gefühle, mit denen jeder deutsche Mann auf Herrn Windthorst herabfällt, nur eine neue Rechtfertigung gefunden haben.

Aus Dresden schreibt man der N. A. Z. unterm 12. d. Mts.: In Berücksichtigung der Thatfache, daß von Breußen dem Bundesrathe der Entwurf eines Gesetzes eingebracht worden ist, nach welchem die Verordnung vom 22. December 1885 insofern die Regelung der Militärpersonen im deutschen Lande mensche in die Disposition der Militärpersonen, so wie der Pension für die Disposition gestellten Offiziere zu den Gemeindesteuern der Landesgesetzgebung überlassen werden soll, ist dem diesseitigen Landtag wegen einseitigen Beschlusses der vorliegenden Resolution, in dem Gemischten Ausschusse, als es sich nicht (wie in dem Decret) der Natur der Sache nach dringlich empfiehlt, möglichst einmüthig, in Uebereinstimmung mit den übrigen deutschen Bundesregierungen, und insbesondere, soweit dies nach den in beiden Staaten bestehenden juristischen Gesetzen und Einrichtungen möglich und ausführbar, im Anschlusse an dasjenige Vortrage und zu verfahren, was deshalb in Preußen durch Landesgesetz geordnet werden wird. Bevor nun aber der Erlaß eines betreffenden Reichsgesetzes und die Vereinbarung eines vollständigen Landesgesetzes für Preußen stattfinden kann, wird immerhin noch längere Zeit vergehen. Ebenfalls wird dann der jetzige sächsische Landtag nicht mehr veranlaßt und demnach die sächsischen, demselben eine einflussreiche Vorlage zu machen, ausgeschlossen sein. Die Regierung richtet deshalb den Antrag an die Stände, es möge die Regierung ermächtigt werden, vorläufig für die Zeit nach Publication des betreffenden Reichsgesetzes im Wege der Verordnung durch die nächste ordentliche Ständerversammlung über die Veranlassung der Militärpersonen zu den Gemeindesteuern, sowie die nach dem in Antrag gebrachten Reichsgesetze statthalt, und im thunlichen Ausmaß, die daselbst für Preußen zu erwartende Regelung Bestimmung zu treffen.

Eine deutschfreiwillige Stimme über socialdemokratische Wahlen läßt sich bezüglich des jüngsten Wahlsieges der Socialdemokraten in 19. sächsischen Reichstagswahlkreis in der fortgeschrittenen 'Zittauer Morgenzeitung' also vernehmen:

Wir verhehlen nicht, daß uns dieser Ausgang der Socialdemokratischen Wahl doch außerordentlich unangenehm ist. Dennoch ist es ein entschiedener liberaler Mann in der Volksvertretung allemal lieber ist, als ein Socialdemokrat. Aber wenn wir vor der Wahl sehen, zwischen einem Conservativen oder Nationalliberalen oder einem Socialdemokraten, dann erminnen wir uns, daß die socialdemokratischen Abgeordneten sich in dem Kampfe mit der politischen und sozialen Freiheit als durchaus unerschütterliche Bundesgenossen erweisen haben, auch können wir schon unter eigener Weisheit nicht verhehlen, so sehr wir lieber das letztere vor uns, als in gleicher Schärftlinie kämpfende Corps sich vertheidigen, als die uns gegenüber stehende reactionäre Armee anzuwandeln.

Deutlicher kann man das Zusammengehen der Deutschfreiwilligen und Socialdemokraten wohl nicht predigen.

Unslaud.

Oesterreich-Ungarn. Aus Wien meldet der offizielle Telegraph, daß der österreichische Handelsminister Frhr. Pino von Friedenthal seine Entlassung gegeben und der Kaiser die Demission angenommen habe. Gleichzeitig wird behauptet, daß dieser Entschluß des Ministers auf Meinungsverschiedenheiten im Schooße des Ministeriums über eine von ihm erlassene Verordnung zurückzuführen sei, welche den Wirkungsbereich des Postparafasendirektors betraf. Ein Privattelegramm der 'Frankf. Ztg.' legt dar, welche Bestimmungen dieser Verordnung den Befehl der Collegen des Herrn von Pino nicht gefunden haben. Durch diese Verordnung wird nämlich der Director des Postparafasendirektors mit fast ministerieller Kompetenz ausgestattet und sogar das Ernennungsrecht des Kaisers eingeschränkt. Dem Minister, welcher unbedingter Weise die Verordnung mit Umkehrung des Ministerkathos erließ, wurde im Ministerkathos nahegelegt, die Verordnung zurückzugeben. Er zog jedoch die Demission vor. Wahrscheinlich wird auch der Postparafasendirektor in den Aufstand verwickelt. Die Budgetausgleichsaktion, welche mit dieser Angelegenheit sich am Montag beschäftigten sollte, wurde abgesetzt. Über den Nachfolger des Ministers ist jetzt noch nichts Bestimmtes bekannt. Der Eifer, mit welchem man officiöserseits der Zusammenhang zwischen dem bekannten kirchlich im Parlamente zur Verfügung gelangten Briefwechsel und diesem Mißtritte in Würde stellt, ist erklärlich; doch dürften diese officiösen Besprechungen mit Vorsicht aufzunehmen sein. Frhr. Pino v. Friedenthal hat die Differenzen in Sachen der Postparafasendirektion zum unmittelbaren Anlaß genommen haben, um einen Schritt zu thun, der in der That nachlässig genug war. Aber die Maskierung des eigentlichen Beweggrundes ist denn doch eine zu ungeschicklich, als daß sie Fremden täuschen könnte. Wenn jener parlamentarische Mißverständlich nicht gekommen wäre, der Herrn Pino in eine so unliebsame nahe Verührung zu einem unfauberen Subjecte brachte, so würden wohl Mittel und Wege gefunden worden sein, um jene Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Zudem geben wir Eins zu bedenken: am 16. und 17. Februar werden im Reichsrathe die schwersten Vorwürfe gegen den Handelsminister erhoben. Am 26. giebt d. rielche eine Erlaß heraus, der so anfällig ist, daß er den Fall des Ministers herbeiführt. Wie kommt es, daß der Minister sich unmittelbar nach jenem parlamentarischen Standal einen beratigen, groben Fehler zu Schulden kommen läßt. Darauf sind die Wiener Offiziellen die Antwort noch schuldig. Die wahren Motive seines Sturzes dürften darin bestehen, daß Graf Taaffe unter seinen Collegen niemand dardet, auf den auch nur ein Schein einer Verdächtigung fallen kann. Als Candidaten für den Posten Pino werden der mährische Statthalter Graf Sgöbarn und Sigmund genannt. Der Eintritt des Letzteren ins Cabinet würde jedoch ein Compromiß mit der Linken voraussetzen, für das im Moment noch alle Vorbedingungen fehlen. Die Behörde hatte am Montag erfahren, daß die radikale Arbeiterpartei anlässlich der Märztag wieder Lebenszeichen von sich geben wollte und trat Vorkesselnabregeln. In der Stadt waren Gerüchte verbreitet, die Anarchisten beabsichtigten Straßenzüge wie in London und auch mit Explosivstoffen versehen. In den Fabricen wurden Zettel verteilt, worin die Arbeiter aufgefordert wurden, am Montag Nachmittag auf dem Schmelzer Friedhof zu erscheinen. Die Aufforderung scheint geringen Erfolg gehabt zu haben, denn bis 4 Uhr waren im Ganzen nur 400 Arbeiter angekommen. Auf Commando entschlössen sie ihre Häupter bei dem Obelisk der Märzgefallenen und es wurden Hufeisen ausgebracht. Die Polizeicommissare schritten ein, verboten jede Demonstration und forsbeten zum Auseinandergehen auf. Die Arbeiter leisteten Folge und zogen unter Abführung von socialistischen Hehlredern in drei Trupps gegen Breitzee und Klatsch ab, wo sie, von Banden und Polizisten ausgenommen, sich in die Wirtschaften begaben. Drei Versammlungen wurden vorgenommen. Die Polizei hatte sehr viel Sicherheitswache in Bereitschaft, die nur zum geringsten Theil in Aktion trat.

Britisches Reich.

Die Nachrichten über Gladstones irische Pläne erweisen sich — trotz aller Ablenkungsversuche — als zutreffend. Gladstone hat in einem am Commanab abgehaltenen Cabinetrath die Urliste seines Planes zur Lösung der irischen Frage vorgelegt. Die über den Inhalt des Planes umlaufenden Angaben sind zwar theilweise von einander abweichend und unvollständig, stimmen indeß darin überein, daß die Errichtung eines irischen Parlaments und die Expropriation der irischen Grundbesitzer beabsichtigt sei. In der am Montag abgehaltenen Sitzung des Unterhauses erklärte der Staats-Secretär des Krieges, Bannerman auf eine Anfrage, unter den Bestimmungen des Kriegeministeriums, welche im Auslande eingeführt würden, befände sich auch eine solche auf deutsches braunes Schießpulver für 130 000 Pfd. Sterl. Bannerman befragte eine Resolution des Inhalts, daß die jetzige Arbeitslosigkeit die beste Gelegenheit sei, die Flotte billig in einen für die Sicherheit des Reiches nöthigen nützlichen Stand zu setzen.





